

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 26.11.2025

Ort: Bürgersaal des Bürgerzentrums Roter Löwen, Hauptstraße
18, St. Georgen

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Hartmut Breithaupt

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Bernhard Lobmeier

Herr Kai Noel

Herr Bernd Karsten Rieger

Frau Beate Rodgers

Herr Stefan Rosenfelder

Herr Dirk Schmider

Herr Lothar Schwarz

Herr Markus Schwarzwälder

Herr Ernst Laufer

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Frau Karola Erchinger

Herr Gerd Haas

Frau Hedwig König

Herr Hans-Peter Rieckmann

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller

Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Herr Franz Günter

Herr Joachim Kieninger

Herr Klaus Lauble

Herr Leon Langer

ab 17.50 Uhr

Jugendgemeinderat

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann

Herr Giovanni Costantino

Frau Tabea Epting

Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Peter Fichter

entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 14.11.2025 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

Bürgermeister Rieger setzt Tagesordnungspunkt 7 ab. Der Antrag der CDU auf Erhöhung der Gewerbesteuer werde nur aufrechterhalten, sollte der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen werden. Kämmerin Amann habe verschiedene Veränderungen bzw. Verbesserungen eingearbeitet und der Haushalt werde nun im Ergebnishaushalt ausgeglichen sein.

1 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

Bürgermeister Rieger gibt bekannt, dass etwa 80 Wunschkarten am Wunschbaum im Rathaus noch nicht abgeholt waren und deshalb ein Aufruf über Crossiety gestartet wurde. Ein Sponsor aus Freiburg habe sich gemeldet und für 1.800 Euro Karten „gekauft“. Es freue ihn, dass auch im Umland gesehen werde, welche gute Aktionen in St. Georgen laufen.

2 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 19.11.2025

Protokoll:

Der Gemeinderat hat einer europaweite Bündelausschreibung zur Klärschlammverwertung mit Phosphorrückgewinnung / -verwertung zugestimmt.

3 Sanierung Robert-Gerwig-Schule Vorstellung aktueller Planungs- und Kostenstand Vorlage: 118/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Müller und Zetto von KTL-Architekten.

Bereits seit dem Jahr 2019 sei die Verwaltung an dem Thema. Viele Detailarbeiten seien erforderlich gewesen. Es werde eine Summe in Höhe von 8 Mio. Euro inklusive der Sporthalle vergeben.

Stadtbaumeister Tröndle erläutert anhand von Bildern, dass es auch schon bisher einen zweiten Rettungsweg gegeben habe. Es gebe gekennzeichnete Fenster, die als Fluchtweg zur Verfügung stünden. Zudem seien Brandschutztüren eingebaut. Im UG seien Ausstiegshilfen vorhanden. Der Brandschutz sei also seit jeher betrachtet worden. Nun gelte es den Brandschutz zu optimieren und zu verbessern. Auch schon seit längerer Zeit sei es Wunsch der Rektoren, das Dachgeschoss wieder zu aktivieren. Da dort die Fenster allerdings für einen Ausstieg zu klein seien, wurde das Dachgeschoss stillgelegt. Seitens des Landratsamtes bestehe keine Mög-

lichkeit, nur durch aufwändige Maßnahmen.

Bei der Elektrik sei es dringend notwendig, nachzubessern. Dies sei im Rahmen der digitalen Tafeln aufgefallen. Die Stromversorgung sei stark veraltet. Und es gehe dann auch noch um die Barrierefreiheit. Bereits im Jahr 2023 wurde der Förderantrag gestellt. Ein Bescheid über 2,6 Mio. Euro sei im Dezember 2023 eingegangen. Als die Maßnahmen begonnen werden sollten, wurde festgestellt, dass die Ausschreibungen EU-weit erfolgen müssten. Dies habe erneut ein halbes Jahr zusätzlich gekostet. Zwei Büros seien schon mit der Planung betraut gewesen, seien allerdings wieder abgesprungen. Die neue Ausschreibung habe die Vergabe an die KTL- Architekten ergeben. Die Schulleitung sei noch mit einbezogen worden und habe ihr pädagogisches Konzept überarbeitet. So sei man bei den Kosten bei ca. 10 Mio. Euro gelegen. Die jetzt angehenden Bausteine seien für die Schule das Mindeste, das nötig sei, um den Schulbetrieb möglich zu machen, so der Rektor. Klar sei aber auch, dass seitens der Verwaltung nie eine Schulsanierung geplant war, sondern ursprünglich lediglich die Ertüchtigung des Brandschutzes.

Herr Müller stellt das Büro vor, das sehr viel Erfahrung im Schulneubau bzw. in der Schulsanierung vorweisen könne. Die Maßnahme in der Robert-Gerwig-Schule sei in drei Bausteine aufgeteilt, den Brandschutz, die Elektroarbeiten und die Barrierefreiheit. Die erste Variante in Höhe von 10 Mio. Euro wurde überarbeitet und ein kostengünstigeres und dennoch wirtschaftliches Konzept entwickelt. Die Elektroleitungen würden Aufputz verlegt und unter abgehängten Decken. Damit könne auch eine günstigere Beleuchtung erfolgen.

Herr Zetto erläutert anhand von Plänen die geplanten Maßnahmen in der Gerwigstraße und in der Schulstraße.

In der Gerwigstraße erfolge die Ertüchtigung von Teilbereichen der Decke in F-90 sowie der Einbau von T-30-Türen. Ein zusätzliches Treppenhaus mit einem Plattformlift als zweiter Rettungsweg sei geplant. Alle Klassenräume erhalten Rasterdecken mit Einlegeleuchten und die Wände werden gestrichen. Ein Austausch der Holzfenster solle erfolgen. In allen Geschossen werde die Raumoptimierung nach Angabe der Schulleitung durchgeführt. Im Dachgeschoss werden keine weiteren Räume eingeplant. Dort seien nur Lagerflächen vorgesehen.

In der Schulstraße seien ebenfalls Brandschutz-, Elektroarbeiten geplant sowie die Umsetzung der Raumoptimierung nach Angabe der Schulleitung. Im UG werde die vorhandene Hausmeisterwohnung künftig als Schulraum genutzt. Die Maßnahmen im EG auf Sporthallenseite seien vorerst nicht vorgesehen. Im Erdgeschoss werde zusätzlich ein neuer Aufenthaltsraum geplant.

Herr Müller geht auf die Kosten und den Bauablauf ein. Im besten Falle können beide Gebäude parallel laufen. In den Osterferien würden die Vorabmaßnahmen ausgeführt. Weitere Arbeiten in den Pfingst-, Sommer- bzw. Herbstferien. Allerdings würden auch kleinere Arbeiten während des Schulbetriebs ausgeführt werden müssen. Die Kosten für den Bereich in der Gerwigstraße belaufen sich auf 4,1 Mio. Euro und in der Schulstraße auf 4,05 Mio. Euro. Die Kosten seien jeweils in Pakete aufgeteilt. Dies sei

für die Förderung notwendig.

Stadtrat Laufer erkundigt sich, ob T-30-Türen ausreichend seien.

Herr Müller bejaht. Es liege das Brandschutzgutachten zugrunde.

Stadtrat Lobmeier führt aus, es handle sich um einen sehr straffen Zeitplan und erkundigt sich, was geschehe, wenn etwas dazwischenkäme.

Herr Müller erklärt, dann müsse versucht werden, die Maßnahmen zu schieben. Er sehe den aktuellen Zeitraum allerdings als für sehr gut an, um einige gute Angebote zu bekommen.

Stadträtin Erchinger fragt nach, ob die Handwerker in den Ferienzeiten überhaupt ausreichend verfügbar seien.

Herr Müller antwortet, dies müsse ganz genau in der Ausschreibung definiert werden und er habe schon sehr gute Erfahrungen mit Sanierungen in den Schulferien gemacht.

Stadtrat Freischlader erwähnt, es gehe um viel Geld, das aber sehr gut angelegt sei. Die Sanierungsarbeiten werden Lehrer und Schüler belasten. Es gebe allerdings keine Alternative. Es müsse gesehen werden, was neben Rathaus- und Tiefgaragensanierung noch alles laufe und dann komme ein Projekt mit 8 Mio. Euro an der Robert-Gerwig-Schule noch hinzu. Er freue sich, wenn die Schule wieder auf Vordermann gebracht werde. Seit Jahre werde Geld in diese Schule investiert, knapp 15 Mio. Euro, danach stehe diese wieder sehr gut da.

Stadtrat Rieckmann möchte wissen, wie der Fluchtweg aus dem Musikzimmer heraus funktioniere.

Herr Müller erklärt, für das Musikzimmer sei der 2. Fluchtweg relativ einfach zu lösen und zeigt anhand des Planes die Möglichkeit auf.

Stadtrat Schwarzwälder spricht die Dauer der Maßnahme an. Er kann sich nicht vorstellen, beide Gebäude innerhalb eines Jahres sanieren zu können.

Herr Müller entgegnet, es sei nicht die erste Schule in dieser Größe, die in der angegebenen Zeit saniert wurde. Die Maßnahmen seien nicht so umfassend und es sei ein strammer Plan, aber machbar.

Jugendgemeinderat Langer weist darauf hin, wie wichtig der Aufenthaltsraum im EG für die Schüler sei und weist darauf hin, dass dieser nicht zu klein ausfallen sollte.

Bürgermeister Rieger gibt zu bedenken, dass man sich nicht darauf verlassen könne, dass alles glatt laufe. Es werde Einschränkungen, auch im Schulbetrieb, geben. In gewohnt guter Zusammenarbeit sollte dies aber zu meistern sein. Wichtig sei, immer transparent miteinander umzugehen.

Herr Müller gibt zu bedenken, dass Zeiten während des Schulbetriebs für die Sanierung benötigt werden. Allein die Ferienzeiten würden nicht ausreichen.

Stadtrat Sanatluca erkundigt sich, ob weitere Räumlichkeiten durch den Umbau und die Hinzunahme der ehemaligen Hausmeisterwohnung entstehen, was von Herrn Zetto bejaht wird. Anhand von Plänen zeigt er die zusätzlichen Räume auf.

Stadträtin König weist darauf hin, dass geklärt werden müsse, ob der Zuschuss auch wirklich eingehen.

Kämmerin Amann antwortet, mittlerweile sei ein vorzeitiger Baubeginn nicht mehr förderschädlich. Der bestehende Zuschussantrag vom Dezember 2023 müsse zurückgezogen werden und ein neuer gestellt werden. Dieser beinhalte einen Zuschuss bis 33 %. Diese Vorgehensweise sei mit der Förderstelle abgesprochen.

Stadtrat Rieger fragt nach, ob, falls die Förderung nicht erfolge, die Kosten komplett von der Stadt St. Georgen zu tragen wären.

Kämmerin Amann bejaht. Aber es gebe keinen Ablehnungsgrund. Der Zuschuss werde 2027 eingehen. Bis dahin müssten die Mittel vorfinanziert werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der aktuellen Planung durch KTL Architekten zu und beschließt auf Grundlage der aktuellen Kostenschätzung über 8.160.236,14 € brutto, die Planung und Sanierung fortzusetzen.

Der Gemeinderat beschließt den aktuellen, bewilligten Förderbescheid zurückzuziehen und auf Grundlage der aktuellen Planung und Zahlen einen neuen Antrag zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

4 Freianlagen Roter Löwen Hier: Vergabe der landschaftsgärtnerischen Arbeiten im Nordbereich Vorlage: 121/25

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle erläutert die Vorlage. Es habe bereits zwei Ausschreibungsrunden gegeben, teilweise seien die Kosten 600 % über dem

Kostenanschlag gelegen. Daraufhin habe man sich entschieden, die Maßnahme in Lose aufzuteilen. Der Bereich der erforderlichen Stellplätze in der Hermann-Papst-Straße sei bereits abgeschlossen worden. Das weitere Los, die Eingangsbereiche, seien ausgeschrieben worden. Das erstliegende Angebot liege 6 % über die Kostenrechnung. Durch die Lage im Sanierungsgebiet gebe es eine Förderung. In der Ausschreibung seien auch die erforderlichen Fahrradstellplätze vorgesehen. Die Vergabesumme wurde in der Vorlage falsch aufgeführt. Sobald die Witterung es zulasse, sollten die Arbeiten beginnen.

Für das 3. Los, Terrasse des Jugendraumes, habe sich die „Familienheim“ bereit erklärt, einen Kostenanteil zu übernehmen. Hierfür gebe es morgen ein Abstimmungsgespräch. Im Anschluss könnten die Arbeiten ausgeschrieben werden. Zum Sommer 2026 sollten diese Maßnahmen auch abgeschlossen sein.

Stadträtin Rodgers fragt nach der Anzahl der Fahrradstellplätze.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, es gebe 24 nicht überdachte Fahrradstellplätze.

Beschluss:

Der Gemeinderat vergibt die landschaftsgärtnerischen Arbeiten im Nordbereich an die Firma Woll Garten- und Landschaftsbau GmbH und Co. KG aus 79848 Bonndorf in Höhe von 200.636,45 € brutto.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

5 Antrag der Grünen Liste zur Projektbewerbung „Natur nah dran 2.0“ Vorlage: 115/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erwähnt, seitens der Grünen Liste sei der Antrag auf Prüfung des Programms „Natur nah dran“ eingegangen. Es müsse mehr in Sachen Biodiversität getan werden.

Stadträtin Heinzmann erläutert den Antrag, in dem es lediglich um die Bewerbung um eine Förderung aus dem Programm „Natur nah dran“ gehe. Maximal 15.000 Euro könnten generiert werden. Bereits im ISEK werde die grüne Achse Stadtgarten/Marktplatz erwähnt. Sie ist der Meinung, dies passe auch zur Neugestaltung des Marktplatzes. Durch dieses Programm müssten die einjährigen Blumenzwiebeln, die von der Stadtgärtnerei jedes Jahr gesetzt würden, nicht weichen. Es gehe um größere Flächen, beispielsweise im Bereich der Minigolfanlage. Wichtig sei, in das Projekt Schulen, Vereine und Bürger einzubinden. So könne auch das Wir-Gefühl

gestärkt werden. Seit neun Jahre laufe das Programm und 121 Kommunen hätten sich beteiligt. Auch die hätten es personell hinbekommen. Hauptsächlich sei der Bauhof von den Arbeiten betroffen. Es müsse aber auch gesehen werden, dass auf die Zukunft gesehen, die Aufgaben des Bauhofes durch das Anlegen der Wiesen zurückgingen.

Bürgermeister Rieger hält alles für eine gute Idee. Aber er wolle offen sein und es müsse gesehen werden, was aktuell alles parallel geleistet werden müsse. Es gebe in der Stadtverwaltung niemanden, der dieses Projekt einfach obendrauf leisten könne und wolle. Aber so ein Projekt könne auch aus der Bürgerschaft heraus angestoßen werden. Die Stadt könne unterstützend tätig sein. Aber die Leistung aus dem Rathaus allein könne definitiv nicht geleistet werden. In Sachen grüner Achse aus dem ISEK seien bereits 50 % umgesetzt worden. U.a. die Wege an der Brigach mit Aussichtsbänken, Wasserspiele auf dem Marktplatz, Bäume auf den Marktplatz und neu beim Rathaus der Trinkwasserbrunnen. Es sei noch Luft nach oben, das gibt er zu. Er hoffe auf die Bürger. Die nächsten Jahre werde die Verwaltung an ihre Grenzen bringen, daher müsse man wieder dazu übergehen, mehr durch die Bürger anzustoßen.

Stadtbaumeister Tröndle weist darauf hin, es sei nicht damit getan, eine Seite aus dem ISEK zu kopieren und als Antrag einzureichen. Eine qualitativ gute Bewerbung sei Voraussetzung und dies sei alles nicht gerade nebenbei zu machen.

Er zeigt einen Auszug aus den Bewerbungsvoraussetzungen auf, in dem nicht nur Rasenflächen zu Wildblumenwiesen werden, sondern auch versiegelte Flächen entsiegelt werden, Niststrukturen eingesetzt werden, Kleingehölze gepflanzt werden müssen und einiges mehr

Die Einbeziehung von Schulen, Vereinen und Ehrenamtlicher sei Voraussetzung. Dies müsse jemand koordinieren.

Von den Verantwortlichen müsse zum Auftakt eine Schulung absolviert werden. Die geplanten Flächen werden im Anschluss von einer Fachkraft für Naturgartenplanung besichtigt. Für den Antrag müsse eine detaillierte Planung zur Umgestaltung von Flächen eingereicht werden. Dazu weiter noch Kalkulationen. Förderfähig seien nur Sachkosten und nicht Personalkosten.

Stadträtin König sieht eine Bewerbung kritisch. Ein Projekt funktioniere nicht gut, wenn es von oben herab diktiert werde. Vielmehr wäre es schön, wenn Bürger sich auftäten und Flächen über Patenschaft pflegten, was dann bezuschuss werden könnte. Schulen zu beteiligen wäre schwierig. Dieses Projekt brauche Beständigkeit.

Stadtrat Schwarz sieht es ebenso. Es müsse möglich sein, ohne Bürokratie und Förderprogramm etwas zu bewegen. Die Idee an sich finde er schön.

Stadträtin Rodgers sieht keine Möglichkeiten, der Verwaltung diese Aufgaben auch noch aufzubürden.

Stadtrat Freischlader findet das Projekt schön. Aber man müsse ehrlich sein. Es so hinzubekommen, wie es der Fördergeber wolle, könne nicht geleistet werden. Wenn die Verwaltung sage, dass sie es mit dem eigenen Personal nicht hinbekommen, dann mache eine Bewerbung keinen Sinn. Auch mit Vereinen und Schulen werde ein Projekt nicht durchführbar sein.

Stadtrat Schwarzwälder nennt das Projekt „totalen Irrsinn“.

Stadtrat Santalucia hat sich ausführlich mit dem Projekt befasst. Er hätte sich vorstellen können, einen FSJler mit dem Projekt zu beauftragen. Da es jedoch keine Personalkostenförderung gebe, scheidet diese Idee aus. Auch die Schulen könnten es nicht leisten. Es seien auch keine Kollegen verfügbar. Es sollte möglich sein, dass Privatpersonen öffentlichen Grund bewirtschaften.

Stadtrat Wentz sieht auch keine Kapazitäten bei der Verwaltung und beim Bauhof. Im Beifang wurde von einem ehemaligen Gemeinderatsmitglied ein Wiesenbereich übernommen. So könne er sich das weiter vorstellen.

Stadtrat Bäsch nennt das Projekt ein „Bürokratiemonster“, eine übertriebene ABM-Maßnahme.

Stadtrat Rieger erinnert an das Projekt St. Georgener Niemandsland von der Bürgerstiftung. Er schlägt vor, auf die Bürgerstiftung zuzugehen und das Projekt wieder aufleben zu lassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt den Antrag der Grünen Liste zur Projektbewerbung „Natur nah dran 2.0“ mangels personeller Kapazität ab.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 17

Ablehnung: 3

Enthaltung: 2

6 Ergebnis der Prüfung über die Einführung der Grundsteuer C Vorlage: 117/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erklärt, die CDU habe die Verwaltung gebeten, ob es rentabel und sinnvoll wäre die Grundsteuer C einzuführen.

Kämmerin Amann erklärt, hierfür sei eine städtebauliche Notwendigkeit erforderlich. Durch die Einführung der Grundsteuer C bestehe die Gefahr

der sozialen Schieflage und ungerechter Lastenverteilung. Zudem wäre ein unverhältnismäßiger Verwaltungs- und Personalaufwand erforderlich. Sie rate von der Einführung ab, sie würde der Stadt St. Georgen kein Mehr an Einnahmen bringen.

Stadtrat Rieger bedankt sich bei der Verwaltung für die Prüfung.

Stadtrat Freischlader betont, der Gemeinderat sei enttäuscht darüber, dass Grundstücke, die schon lang erschlossen seien, vom Grundstückseigentümer nicht auf den Markt gebracht würden. Er nennt dies unsozial.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Einführung der Grundsteuer C zur Kenntnis.

7 Satzung zur Änderung der Hebesatzsatzung ab 01.01.2026
Vorlage: 109/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger setzt diesen Tagesordnungspunkt ab. Der Antrag auf Gewerbesteuererhöhung der CDU wird zurückgezogen, da der Ergebnishaushalt ausgeglichen werden kann.

8 Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: 116/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage.

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Gremium.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer ab 01.01.2026.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: 1

9 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

- a) Tiefgarage
Stadtrat Freischlader bittet die Ausfahrautomatik in der neuen Tiefgarage zu prüfen. Er müsse seit neuestem immer noch ein Papierticket als Dauerparker ziehen.

- b) Weihnachtsbäume
Stadtrat Noel bedankt sich für das Aufstellen der Weihnachtsbäume. Im Bereich Einfahrt Weidenbächlestraße werde allerdings ein Spiegel durch einen Weihnachtsbaum verdeckt.

- c) Roter Löwe
Stadträtin König berichtet von der Hauptamtsleitertagung, die vor zwei Tagen im Roten Löwen stattgefunden habe. Sie habe in Vertretung für Bürgermeister Rieger das Grußwort gesprochen. Durchweg seien die über 100 Personen von dem Gebäude begeistert gewesen. Es habe viel Lob und Anerkennung gegeben.

- d) Bericht im Gremium über Sanierungsstand Rathaus
Stadtrat Schwarz schlägt vor, regelmäßig Berichte über den Stand bei der Rathaussanierung im Gremium vorzutragen.
Stadtbaumeister Tröndle führt aus, vor jeder Gemeinderatssitzung tage der Lenkungsausschuss. Aus diesem könne er berichten.

- e) Herr Kieninger lädt zum alljährlichen Theater im Brigachhaus ein.

- f) Stadtfest 2026
Bürgermeister Rieger weist darauf hin, dass während der Bauarbeiten in der Robert-Gerwig-Schule das Stadtfest nicht im gewohnten Bereich stattfinden könne. Die Stadtfestgemeinschaft müsse sich rechtzeitig Gedanken machen.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 15. Januar 2026